

Schlag ins Gesicht

Politik

Zum Artikel „Beförderungen trotz Sonderurlaub“ und zum Kommentar „Das Land als Selbstbedienungsladen“ (TV vom 5. Februar):

Nach den Urteilen des Oberverwaltungsgerichts 2020 über die Beförderungspraxis („Günstlingswirtschaft“, „Willkür“ und „Ämterpatronage“), dem Urteil von 2014 zum gleichen Thema und dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs zur Finanzierung der Kommunen jetzt auch noch ein für die Landesregierung aus SPD, Grünen und FDP niederschmetternder Rechnungshofbericht. Es geht im Wesentlichen um rechtswidrige Sonderurlaube und Beförderungen. Solche Sonderurlaube erhalten Beamte in Ministerien zum Beispiel, um in einem privaten Unternehmen zu arbeiten, an dem das Land beteiligt ist. Dies ist lukrativ, weil das Gehalt deutlich höher ist als die Beamtenbesoldung. Der Sonderurlaub ist aber begrenzt auf sechs Jahre, so der Landesrechnungshof. 30 Landesbeamte sollen mehr als sechs Jahre Sonderurlaub, 21 davon mehr als zehn Jahre, erhalten haben. Darüber hinaus sind 15 Beamte sogar im Sonderurlaub befördert worden, was später zu höheren Pensionen führt. An der Spitze der Verstöße steht das FDP-geführte Wirtschaftsministerium von Volker Wissing – zwölf Beamte erhielten mehr als sechs Jahre Sonderurlaub und neun Beamte wurden befördert.

Es ist offensichtlich, dass die Landesregierung „verdient“ Beamten zu höheren Gehältern und Pensionen verholfen hat. Es wäre interessant zu wissen, wie sie dies in jedem Einzelfall begründet. Dies ist auch ein Schlag ins Gesicht für alle Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst und für die steuerzahlenden Bürger. Es ist nicht nur ein falsches Signal, sondern unanständig, so etwas macht man nicht. Sind diese Rechtsverstöße gerecht und bauen sie Vertrauen auf?

Die prompte Stellungnahme des Innenministeriums, die den Sachverhalt relativiert, zeigt, dass das Unrechtsbewusstsein dieser Landesregierung nicht gerade ausgeprägt ist. Darüber hinaus lässt sich streiten, ob die Geschäftsführerpositionen der landeseigenen Tochtergesellschaften von höheren Ministeriumsbeamten besetzt werden sollten oder ob eine öffentliche Ausschreibung die bessere Lösung wäre. Ich denke, dass sich der Landtag mit diesem Thema mal grundsätzlich befassen müsste. Auffällig und für mich Anlass zur Besorgnis ist die Häufung der Rechts- und Regelverstöße. Es sind keine Einzelfälle mehr! Ahnungslosigkeit, System, Gedankenlosigkeit?

Robert Oster, Daun

Sichtbare Versöhnung

Religion und Gesellschaft

Zum Artikel „Die blinde Dame mahnt zum Gedenken“ (TV vom 4. Februar):

Wir freuen uns, dass der Volksfreund das Verhältnis des Christentums zum Judentum anhand der Figuren an der Trierer Liebfrauenkirche zum Thema macht. Erst das Erschrecken über die Untaten der Schoah hat uns Christen die Augen geöffnet für das Unrecht, das über Jahrhunderte von christlichen Kanzeln und Kathedern ausging. Voller Scham müssen wir eingestehen, dass christlicher Antijudaismus schon am Ende des ersten Jahrhunderts beginnt (Johannes-Evangelium und Offenbarung des Johannes) und bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts sich fortpflanzt. Die Figur an der Liebfrauenkirche zeigt, wie Israel als die enterbte und verstoßene Tochter Gottes dargestellt wur-

Kühn kombiniert, urplötzlich mutiert

Sprache

Zum Artikel „Der/die Bösewicht*in siegt im Genderkampf“ (TV vom 15. Februar):

Es ist schwierig, unsere historisch gewachsene Sprache auf künstlich herbeigeführte Weise genderegert durchregeln zu wollen. Für mich als freiberuflicher Lektor und Korrektor sieht der Zwischenstand momentan so aus: So wohl auf Papier als auch digital kämpfe ich seit vielen Jahren parallel – je nach (Universitäts-)Vorgaben oder „Schule“ – nicht allein mit (Gender-)Konkurrenzformen wie den „Mieterinnen und Mietern“, Sternchengebilden („Mieter*innen“) oder dem Wohlfühlersatz für Unterstrichbegeisterte („Mieter_innen“). Darüber hinaus gibt es ja noch das im Artikel unerwähnt gebliebene Binnen-I („MieterInnen“) und – seit jüngerer Zeit – gerne auch den immer beliebter werdenden Doppelwunschnpunkt im Wortinneren („Mieter:innen“). Ach ja, zahlreiche Schrägstrich(misch)varianten, die auf Einheitlichkeit getrimmt werden sollen, ebenfalls nicht zu vergessen („Mieter/innen“ neben „Mieter/-innen“ ...).

Nicht ohne Anspruch ist schließlich auch die Genderbemühung, mitten im Text scheinbar wahllos das Geschlecht wechseln zu wollen, also etwa eben noch den „Mieter“ zu meinen, direkt im Anschlussatz aber mit derselben, urplötzlich zur „Mieterin“ mutierender Person fortzufahren – und/oder umgekehrt. Auch wenn es mehr als wünschenswert wäre: Zu einer ernsthaft gewollten Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern beispielsweise werden die im Wettbewerb stehenden (teilweise auch kühn kombinierten) und sich überbietenden Sternchenlösungen, Binnen-Is, Unterstrich- und Doppelpunktspielweisen leider kaum Bedeutendes beitragen. Zum mitunter (unnötig) erschwerten Textverständnis hingegen schon.

Dass die im Beitrag zitierten Sprach- sowie Grammatikexpertinnen zwischen Frauen und Männern Folgen der Duden’schen Sprachver(w)irrung warnen, ist aus meiner Sicht zu hoffen.

Jens Ossadnik, Aach

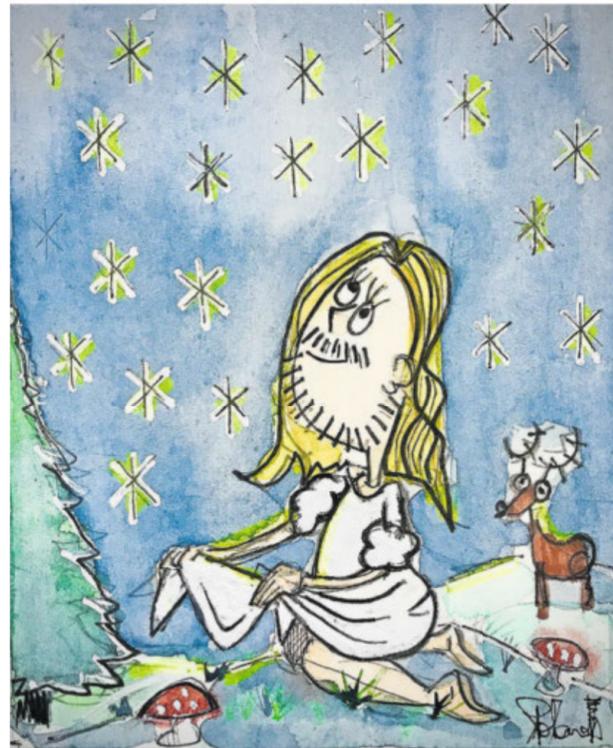
Mensch, ein starkes Signal!

Politik und Medien

Zum Artikel „Zu wenige Frauen? Karlsruhe weist Beschwerde ab“ (TV vom 3. Februar):

Der Beitrag macht mich wütend: schlecht recherchiert oder einfach nur ignorant? Die Überschrift machte mich neugierig: „Zu wenige Frauen?“. Schon merkwürdig. Auf der Seite „Themen des Tages“ war wohl noch etwas Platz übrig. Zwischen Nawalny, Myanmar und einem schwimmenden Seniorenschiff war rechts unten ein Lückenfüller gesucht und auch gefunden. Und viel Zeit für eine Recherche blieb nicht. Oder war es Ignoranz? Nur so erkläre ich

mir die Tatsache, dass ein kleiner dpa-Bericht dem männlichen Redakteur des TV noch schnell in die Finger fiel. Gott sei Dank, nun noch eine provokante Überschrift und die Seite ist gefüllt! Inhaltlich ging es um die schwache Repräsentanz von Frauen im deutschen Bundestag und eine aktuelle Wahlprüfungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht. Als Beispiel war die Anzahl von weiblichen Abgeordneten der im Bundestag vertretenen Parteien aufgelistet. Halt, nicht alle. Eine fehlte. Ich las zwei Mal, nein ich hatte nichts überlesen. Sie fehlte wirklich: die



Märchenhaft: Der*/die* Sterntaler*in, neu erzählt in gendergerechter Sprache – wenn die Gebrüder Grimm das geahnt hätten ...

KARIKATUR: ROLAND GRUNDHEBER

FORUM (FOLGE 657)

Der Fluch des Wissens

Und es bleibt: schwierig. Kommunikation. Sie wissen schon: Sender sendet Nachricht, Empfänger empfängt Nachricht – und interpretiert sie. In der Theorie: so leicht. Im richtigen Leben: so kompliziert. Es kommt darauf an, wer etwas sagt, warum, zu wem und wie, es kommt auf die Absicht an, den Zusammenhang, die Vorgeschichte, es kommt auf den Adressaten und seine Erwartungshaltung an. Gemeint ist nicht gesagt, gesagt ist nicht verstanden, verstanden ist nicht einverstanden ...

Das Verrückte: Wir wissen, dass und warum Kommunikation so oft schiefgeht, und verheddern uns doch immer wieder in der Sprachfalle. Ein Beispiel, von Wissenschaftlern der Universität Hohenheim in Stuttgart untersucht: die Kommunikation der Bundesregierung in Sachen Corona. Die Analyse von exakt 1362 Pressemitteilungen (Zeitraum März 2020 bis Januar 2021) zeigt, was Wortungetüme, Bandwurmsätze, nicht erklärte Fremdwörter und Fachbegriffe anrichten – die Menschen verstehen es nicht oder verstehen es falsch.

„Informationen zur Corona-Pandemie und zu den staatlichen Schutzmaßnahmen sollten besonders verständlich sein. Sie sind es aber nicht“, meint der Hohenheimer Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Frank Brettschneider.

Was soll der Laie anfangen mit solchen Monstern: *Corona Matching Fazilität, Corona-Hackathon, Point-of-Care-Antigentest, Coronavirus Digital Content Hub, Letalität, Stratifikation, Containment Scouts, „coparion“ Liquiditätshilfen, Provenienzforschung, Corona Audio Campaign, Corona-Toolbox ...*

Oder mit Wortzusammensetzungen wie: *WissZeitVG-Befristungsdauer-Verlängerungs-Verordnung, Gesundheitsversorgungswweiterentwicklungsgesetz, Vereinfachter-Zugang-Verlängerungsverordnung, Covid-19-Krankenhausentlastungsgesetz, Luftverkehrsteuer-Absenkungsverordnung, lebensmittelkennzeichnungsrechtlich, First-In-First-Out-Abverkaufs-Prinzip ...*

Grausiges Verwaltungsdeutsch! Woran hapert es? Die Experten, ob Wissenschaft oder Verwaltung, verstehen ihren eigenen Jargon, klar, vergessen aber zu übersetzen (oder sind zu bequem oder haben keine Zeit oder keine Lust) – der Fluch des Wissens.

Kommunikation ist das, was ankommt. Wenn nichts ankommt (oder nur Bruchstücke), liegt es womöglich daran, dass die Botschaft nicht zu verstehen ist.

Bleiben Sie munter!
Peter Reinhart
Stellvertretender Chefredakteur

E-Mail: forum@volksfreund.de



Peter Reinhart

HINWEIS

Liebe Leserin, lieber Leser!

Haben Sie Anmerkungen zu Artikeln oder Kommentaren? Kritische Einwände? Hat ein Thema, über das wir in der Zeitung oder im Netz berichtet haben, Sie besonders bewegt? Schreiben Sie uns! Ihr Leserbrief sollte maximal 2500 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein. Wir behalten uns vor, sinnwährend zu kürzen. Die Einsender sind damit einverstanden, dass ihr Name und der Wohnort in der Zeitung und im Internet auf volksfreund.de veröffentlicht und archiviert werden. Geben Sie neben Ihrer vollständigen Adresse bitte zusätzlich eine Telefonnummer an (für eventuelle Rückfragen der Redaktion).

Und so erreichen Sie uns:
E-Mail: leserbriefe@volksfreund.de
Brief: Trierischer Volksfreund, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8, 54294 Trier

Eine Dummheit nach der anderen

Katholische Kirche

Zum Artikel „Trierer Bischof über Vorgänge in Köln: „Das schadet uns allen“ (TV vom 4. Februar):

Warum nur hält der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki das angeforderte Missbrauchsgutachten so hartnäckig vor der Öffentlichkeit verborgen? Er selbst sagt: „wegen methodischer Mängel“. Lächerlich! Nach altbekanntem Muster will Woelki verhindern, dass weitere ungeheuerliche Schweinereien – begangen von der katholischen Priesterschaft an kleinen Kindern – bekannt werden; wohl wissend: Die Öffentlichkeit ist wie Dynamit. Als eine der reichsten Institutionen der Welt mit einem geschätzten Vermögen von mehr als 200 Milli-

arden Euro allein in Deutschland (Grundbesitz, Immobilien, Geldanlagen, Beteiligungen) entblödet sich die katholische Kirche nicht, eine Dummheit nach der anderen zu begehen. Statt zu ihrer Verantwortung zu stehen, wird damals wie heute mit großem Aufwand vertuscht und gelogen, dass sich die Balken biegen.

Es ist eine Sache, die Schwanzfeder des Erzengels Gabriel, die Eierschalen des Heiligen Geistes, die Fußnägel von Johannes dem Täufer, die Eingeweide von Bonifatius oder den Gläubigen für heilig zu erklären – aber eine ganz andere, die eigene finstere Vergangenheit aufzuar-

beiten. Im Zeichen und im Namen des Kreuzes rottete die Conquista ganze Völkernationen aus. Alleine in Mittel- und Südamerika wurden zwölf Millionen Menschen abgeschlachtet und zu Tode geschunden. Als die Eingeborenen knapp wurden, schiffte man den Sklaven-Nachschub für die Neue Welt aus Afrika ein.

Die „Heilige Inquisition“ wütete jahrhundertlang ungehemmt unter Millionen Menschen wurden gefoltert und verbrannt. Das Vermögen der Ermordeten sackte die Kirche ein. Trat je ein „Heiliger Vater“ für die Opfer der „Heiligen katholischen Kirche“ ein oder ent-

schuldigte sich für die begangenen Jahrhundert-Verbrechen? Dabei wäre eine zu errichtende Buß- und Gedenkstätte für all die Bluttaten, höher als der Petersdom und direkt neben dem Vatikan stehend, allein aus moralischen Gründen, mehr als überfällig. Das alles schreit zum Himmel. Fazit: Die katholische Kirche hat abgewirtschaftet, ist marode und vor allen Dingen äußerst unglaubwürdig. Es wird Zeit, sie als Institution abzuschaften und die über die Jahrhunderte ungerechtfertigt angehäuften Gelder gemeinnützigen Zwecken zuzuführen.

Reimund Weichsel, Wallendorf

Gott vom Volk Israel abgewandt habe zugunsten einer neuen „Erwählung“ der Ecclesia. Es handelt sich damit um eine theologische Abwertung der jüdischen Religion, die man als Antijudaismus bezeichnen muss. Dieser war eine Wurzel für die Abwertung der Juden allgemein, die im Mittelalter zu schlimmen antisemitischen Pogromen in Trier führte. Biblisch gesehen bestreitet dagegen der Apostel Paulus, der sich selber als Jude verstand, nicht die Erwählung der Juden durch Gott. Das ist erst eine Irrlehre der folgenden Jahrhunderte der Kirchengeschichte. Deshalb muss man auch dem ehemaligen Pfarrer von Liebfrauen, Wilhelm Ehlen, widersprechen, wenn er betont, dass „im theologischen Kontext betrachtet der Vorwurf des Antijudaismus oder Antisemitismus auf sein biblisches Maß redu-

ziert“ wird. Das Erschrecken über den millionenfachen Mord an Juden in der Zeit des Nationalsozialismus hat uns Christen die Augen geöffnet für das Unrecht, das über Jahrhunderte von den christlichen Kirchen ausging. Das Eingeständnis des Versagens der Kirchen in der Zeit des Nationalsozialismus, die Anerkennung der bleibenden Erwählung des Volkes Israel als das von Gott erwählte durch das II. Vatikanische Konzil förderten die Versöhnung der beiden Geschwister-Religionen. Es wäre an der Zeit, die Zusammenhänge auf einer dezenten Tafel in dem Feld unter der Portalfigur zu erklären. Der Denkmalschutz sollte dem nicht im Wege stehen.

Thomas Kupczik, Pastoralreferent im Dekanat Trier, Arbeitsgebiet Interreligiöser Dialog, Trier

Johannes-Metzdorf-Schmithüsen, Pfr.i.R., Dr. Christoph Cluse, Historiker, Universität Trier, Vorstand der Trierer Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V.